

A10NEU Wirtschaft und Arbeit entwickeln: zukunftsfähig, nachhaltig, fair!

Gremium: KVo Potsdam

Beschlussdatum: 16.01.2019

Text

2997 Wirtschaftsverwaltung aus einer Hand

2998 Potsdam braucht eine Neuorientierung seiner Wirtschafts- und
2999 Innovationsförderpolitik. Es fehlt an einer übergeordneten
3000 Entwicklungsstrategie, an einer Betreuung aus einer Hand („One-Stop“) für
3001 interessierte Startups und Unternehmen, einem langfristigen
3002 Gewerbeflächenmanagement und einem abgestimmten Marketing. Diese Aufgaben sind
3003 derzeit über verschiedene institutionell-organisatorische Einheiten verteilt,
3004 wie der Wirtschaftsförderung der Stadt, der Pro Potsdam, der GTZP oder dem
3005 Standortmanagement in Golm. Sowohl potentielle Interessenten als auch die
3006 Akteure selbst werden dadurch behindert, dass verschiedene Zuständigkeiten,
3007 Verantwortlichkeiten und Dienstleistungen oft unkoordiniert und aneinander
3008 vorbei agieren.

3009 Dafür machen wir uns stark:

3010 Bündnis90/Die Grünen werden sich deshalb für eine Neuordnung der Strukturen
3011 einsetzen. Die Stadt soll als alleinige Gesellschafterin oder durch
3012 Beteiligungen die wirtschaftliche Entwicklung Potsdams im Bereich der
3013 wissenschafts-, technologie- und innovationsbasierten Gründerszene sowie der
3014 klein- und mittelständischen Unternehmen unterstützen. So besteht die Chance,
3015 beispielsweise den Wissenschafts- und Technologiepark Golm zu einem
3016 erfolgreichen Motor qualitativen Wirtschaftswachstums mit hochwertigen,
3017 umweltverträglichen Arbeitsplätzen zu entwickeln.

3018 Nachhaltigen Einzelhandel und „sanften“ Tourismus stärken

3019 Der lokale Einzelhandel ist für Potsdam nicht nur ökonomisch gesehen
3020 unerlässlich, sondern auch entscheidend für das Stadtbild und die Lebens- und
3021 Aufenthaltsqualität vor Ort. Daher wollen wir den Einzelhandel in den einzelnen
3022 Stadtvierteln stärken.

3023 Wir wollen die nachhaltige Weiterentwicklung eines sanften Tourismus fördern.

3024 Dafür machen wir uns stark:

- 3025 • die von den Grünen angestoßene Idee der Bewerbung von Potsdam um eine
3026 Anerkennung als „Fair Trade City“ konsequent weiterzuverfolgen
- 3027 • eine rechtssichere, für alle Seiten verträgliche Regelung zum Thema
3028 verkaufsoffene Sonntage
- 3029 • ein Angebot nachhaltiger Waren und Dienstleistungen für Bürger*innen und
3030 Gäste Potsdams mit Förderung der Stadt, z.B. durch Unterstützung der

- 3031 „Bürgerstiftung gegen Müllberge“ (Potspresso-Initiative) und von
3032 Marktständen mit ökologischen Produkten
- 3033 • als Umsetzung des Grünen Mobilitätskonzepts: die Neugestaltung der
3034 Brandenburger Straße und Schaffung weiterer autofreier (Einkaufs-)Straßen
3035 rings um die Brandenburger Straße, zugunsten von Radfahrer*innen,
3036 Rollstuhlfahrer*innen, Menschen mit Kinderwagen und
3037 mobilitätseingeschränkten Personen, zur Belebung der Innenstadt und damit
3038 auch des Einzelhandels – bei gleichzeitiger Stärkung dezentraler, lokaler
3039 Einzelhandelsangebote in den Stadtteilen
- 3040 • die Entwicklung innovativer Konzepte für den Potsdamer Einzelhandel, die
3041 zugleich die Nachhaltigkeit stärken, wie z.B. einen städtisch initiierten
3042 lokalen Onlineshop für die Potsdamer Einzelhandelsgeschäfte, über den
3043 ergänzend zum Einkauf in den Geschäften auch Onlinebestellungen möglich
3044 sind; gerade für kleinere Geschäfte böte dies eine Chance in der
3045 Konkurrenz gegen auswärtige große Online-Anbieter, und die Auslieferung
3046 der Waren könnte in nachhaltiger Weise geschehen
- 3047 • die Unterstützung von Wasserwandertourismus und Radverkehrstourismus, z.B.
3048 durch Schaffung von Anlegeplätzen und Informationsmöglichkeiten. Auch
3049 „sanfter“, nachhaltiger Tourismus schafft Arbeitsplätze!

3050 Mehr Gewerbeflächen für innovative Betriebe schaffen

3051 Über Jahrzehnte hinweg wurden in Potsdam Gewerbeflächen durch Wohnbebauung
3052 verdrängt. Die vorhandenen Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung („STEK-
3053 Gewerbe“ und Gewerbeflächensicherungskonzept), die diesen Trend umkehren, müssen
3054 mit Blick auf die Planungssicherheit auch Bestand haben und konsequenter
3055 umgesetzt werden.

3056 Gewerbeansiedlungspolitik sollte vor allem Anbieter zukunftsweisender
3057 Technologien im Blick haben, die mit den wissenschaftlichen Einrichtungen
3058 kooperieren möchten. In Potsdam besteht mittlerweile ein erheblicher Bedarf an
3059 Gewerbeflächen, vor allem im Bereich wirtschaftsnaher Dienstleistungen und von
3060 Betrieben mit Forschungs- und Mediennähe.

3061 Dafür machen wir uns stark:

- 3062 • Gewerbeansiedlungen auf stadtteilnahen Flächen, weil dies zusätzlichen
3063 Verkehr vermeidet. Hierfür kann der neue Ansatz der Bauleitplanung
3064 hilfreich sein, ein gemischt genutztes „urbanes Gebiet“ auszuweisen.
- 3065 • Flächen- und Raumangebote speziell für Start-Ups aus Hochschulen - wie
3066 beispielsweise bei „Go.In I“
- 3067 • ein Förderprogramm auch für Startups der Kreativszene
- 3068 • zusätzliche Vernetzungs- und Unterstützungsangebote, um Unternehmen auch
3069 nach einer erfolgreichen Startphase an Potsdam zu binden
- 3070 • Ausbau der Kooperationen mit den Umlandgemeinden für eine erfolgreichere
3071 Wirtschaftsansiedlung (z.B. Ketzin Gewerbehof)
- 3072 • ein städtisches Programm zur Förderung von Gründerinnen.

3073 Dem Fachkräftemangel begegnen

3074 Aktuell wohl das größte Problem für Potsdams Wirtschaft und Verwaltung ist der
3075 zum Teil akute Fachkräftemangel. Eine Voraussetzung dafür, Fachkräfte zu
3076 gewinnen und zu halten, sind gute Arbeitsbedingungen.

3077 Dafür machen wir uns stark:

- 3078 • Unterstützung der Fachkräftevermittlung durch die Stadt
- 3079 • mehr und spezifischere Angebote für Aus- und Fortbildung
- 3080 • Eingliederungsmaßnahmen für Flüchtlinge in Arbeit und den „Spurwechsel“
3081 für Menschen mit dem Aufenthaltsstatus „geduldet“
- 3082 • größere Anstrengungen zur Vermittlung von Langzeitarbeitslosen in Arbeit
- 3083 • gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Bezahlung nach Tarif in städtischen
3084 Einrichtungen und Unternehmen ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Die
3085 Potsdamer Grünen setzen sich z.B. dafür ein, dass die Gehälter der
3086 nichtärztlichen Beschäftigten im Klinikverbund in mehreren Stufen so
3087 ansteigen, dass Vergütungsverbesserungen bis hin zur Rückkehr in den VKA-
3088 Tarifverbund bis Ende der Wahlperiode umgesetzt werden.

3089 Kommunale Unternehmen stärker steuern und mehr 3090 Partizipation der Bürger*innen ermöglichen

3091 Klar ist: Die Landeshauptstadt Potsdam braucht leistungsfähige kommunale
3092 Unternehmen, um ihre Aufgaben der Daseinsvorsorge erfüllen zu können. Notwendige
3093 Investitionen zur Zukunftssicherung müssen langfristig gesichert werden; dazu
3094 gehören auch der Klimaschutz, die langfristige Wahrung der Wasser- und
3095 Luftqualität und die Umsetzung eines schadstoffvermeidenden Mobilitätskonzepts.

3096 Entsprechend muss ein haushaltsverträgliches Beteiligungsmanagement für die
3097 öffentlichen Unternehmen im Besitz der Stadt konzipiert sein.

3098 Die Stadt muss geeignete Strukturen schaffen, um die verantwortliche politische
3099 Steuerung auf die strategische Entwicklung der städtischen Unternehmen
3100 sicherzustellen. Zusätzlich zum vorhandenen Einfluss der
3101 Stadtverordnetenversammlung durch ihre Beschlüsse, die die Stadtverwaltung und
3102 die städtischen Unternehmen binden, und durch die Kontrolle durch die von ihr
3103 entsandten Vertreter in den Aufsichtsräten der Unternehmen (mit
3104 Verschwiegenheitspflicht) ist es auch erforderlich, die Steuerung durch die
3105 Stadt als Gesellschafter der Unternehmen strukturell zu stärken. BÜNDNIS 90/DIE
3106 GRÜNEN setzen sich dafür ein, das Beteiligungsmanagement deutlich aufzuwerten.
3107 Angesichts der hohen finanziellen und sozialen Verantwortung für die
3108 Daseinsvorsorge der Bürger*innen ist die in der Verwaltung angesiedelte
3109 Beteiligungssteuerung mit hochqualifiziertem Personal mit Expertise im
3110 Qualitätsmanagement aufzuwerten und mit klaren Rahmenbedingungen für eine
3111 erfolgreiche, nachhaltige, an Gemeinwohlziele gebundene kommunale Wirtschaft
3112 auszustatten. Gleichzeitig müssen hier die Vereinbarungen mit Transparency
3113 International umgesetzt und sollten zusätzliche Transparenz und (auch
3114 wirtschaftliche) Mitwirkungsmöglichkeiten für die Bürger*innen geschaffen
3115 werden, z.B. bei der städtischen Energiewende durch Beteiligungsmöglichkeiten in
3116 Form von attraktiveren Klimafonds und die Ermöglichung von Bürger*innen-
3117 Energiegenossenschaften.

3118 Dafür machen wir uns stark:

- 3119 • schnellstmögliche Rekommunalisierung sowohl der EWP als auch der STEP zur
3120 Vermeidung von Zielkonflikten zwischen privaten gewinnorientierten
3121 Gesellschafterinteressen und denen der langfristig und am Gemeinwohl
3122 orientierten öffentlichen Hand, sowohl bei wirtschaftlich indizierten
3123 Umstrukturierungen als auch bei strategischen Zukunftsentscheidungen, zum
3124 Beispiel über Investitionen
- 3125 • Verbesserung des Beteiligungsmanagements durch die Stadt, v.a. durch
3126 klarere Formulierung und Durchsetzung städtischer Zielvorgaben bei den
3127 Beteiligungsunternehmen
- 3128 • Orientierung an den Ergebnissen aus dem soeben abgeschlossenen BSC-
3129 Verfahren (Balanced Scorecard)
- 3130 • personelle Stärkung und Aufwertung des Beteiligungsmanagements zu einem
3131 Bereich „Beteiligungssteuerung“
- 3132 • mehr Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger*innen.